

Spektrum

Die Stunde der EU-Bürger

Von Verena Ringler

Für das europäische Projekt ist die Euro- bzw. Schuldenkrise ein Geschenk. Ohne Krisen, so heißt es oft in Fachkreisen, gäbe es die EU gar nicht: Ja, die EU sei regelrecht ein Produkt von Krisen.

Welche Positiva also könnte die gegenwärtige Krise mit sich bringen? Eine erste, vorsichtige Prognose lautet: Sie ist die Stunde der europäischen Bürger. Denn plötzlich ist die Zukunft auf unseren Radarschirm getreten.

Rückblende: Bis zum Fall der Berliner Mauer 1989 und bis zum Vertrag von Maastricht 1993 war die europäische Integration Produkt eines Männerclubs mit dem Transparenz-Anspruch eines Jacht-Vereins. Die europäische Einigung unterlag dem „permissiven Konsens“ – also der nicht weiter kontrollierenden, freundlichen Zustimmung der Bürger zu dem, was ihre Politiker im Namen Europas aushandelten.

Das sollte sich vor zwanzig Jahren ändern. So sehr der Maastricht-Vertrag in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht gern als „neoliberale Wende“ der EU kritisiert wird, so sehr wurde der Prozess damals in ein Versprechen gekleidet: Die EU „neu“ wollte – in Hinblick auf die absehbare Osterweiterung und die Globalisierung – offener, bürgernäher, durchlässiger, demokratischer werden.

Allein: Vieles ist seither schiefgelaufen. Das Verhältnis zwischen EU und Volk ist nicht mehr gleichgültig. Schlimmer – es ist argwöhnisch geworden. Zu dieser Misere gehören freilich beide Seiten dazu: In EU-Kreisen assoziiert man mit „Volk“ oft eine statische, homogene Masse von Neinsagern und mit „Bürgernähe“ die Eröffnung einer Facebook-Seite. Auch missverstehen selbst hochkarätige Entscheider die geringe Beteiligung bei EU-Wahlen und schlechte Umfragewerte als letztgültigen Misstrauensbeweis des Volkes. Das Volk wiederum ist auch nicht zimperlich: Etlliche schimpfen die EU ein „Elitenprojekt“. Würden sie auch



Illustration: Art Direction Moser Holding

anderen öffentlichen Organisationen – dem lokalen Spital, dem Gericht – so ein Etikett umhängen?

Seit einigen Monaten ist Bewegung in die Atmosphäre des Argwohns gekommen: Zwischen Zagreb und Lissabon bewegt sich das Volk. Es geht um mehr als um „Protest“. Es geht um einen Aufbruch, und das aktuelle Verb dazu heißt „to co-create“, also: mit-gestalten. Die erste Mobilisierung passiert heutzutage oft abseits von Organisationen wie Gewerkschaft, Universität, Partei. Die Durchführung passiert ohne Personenkult, ohne Hierarchie, ohne Staats- und Sprachgrenzen. Siehe jüngst die Bürgerbewegung

gegen das geplante Internet-Gesetz ACTA, das vor allem in Osteuropa Tausende auf den Plan gerufen hat. Zwei Bulgaren berichten über eine Großkundgebung in Sofia gegen das „Zensurgesetz“: „Hier standen Tausende stundenlang bei minus elf Grad und kämpften für ihre zivilen Freiheiten; für unseren Wunsch, zu informieren und informiert zu werden.“

Neubeginn, Kühnheit und Lust am Experiment sind en vogue. Rumänische Opernbesucher erheben sich beim Gefangenchor in Giuseppe Verdis „Nabucco“-Premiere in Cluj – und singen mit. Spanische Arbeitslose schreiben sich zu Hunderten

in Deutschkurse ein, um später von ihrem Recht auf Mobilität Gebrauch zu machen. Ein griechischer Kartoffelbauer wird mit der Initiative „Kinima choris messasontes – Initiative ohne Zwischenhändler“ über Nacht zum Star. In Salons und Foren – ob live oder online – erörtern Bürger alternative Wirtschaftsmodelle und Tauschkreise.

Viele tausend EU Bewohner haben allein in den vergangenen drei Jahren erstmals seit 1989 eine aufregende politische Erfahrung gemacht. Da wanderten Familienväter abends ins Plenum in der Uni Zagreb, zum Mini-Staat „Placa del Sol“ in Madrid, zu Demonstrationen in Lissabon oder Athen, in die „Occupy“-Camps von London und Frankfurt, in die Foren der von Wien 2009 ausgegangenen Bewegung „Uni brennt“.

Auch politische Großparteien wollen der Situation angemessen handeln. Am vorvergangenen Wochenende etwa trafen sich führende Sozialdemokraten in Paris und schworen sich unter dem Motto „Für eine Wiederbelebung Europas“ auf grenzüberschreitende Wahlkämpfe in den nächsten Jahren ein. Auch Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel versuchte vor wenigen Wochen, die paneuropäische Gunst auf den wahlkämpfenden Parteifreund Nicholas Sarkozy zu lenken.

Der Artikulation zwischen Cluj und Lissabon ist eines gemeinsam: Die Bewohner der EU übernehmen jetzt jenen Part, der ihnen im Versprechen von Maastricht angedeiht worden ist. Viele erkennen angesichts der gegenwärtigen Krise, dass Zukunft eine Holschuld ist.

Auf Hauptplätzen, an Mittagstischen, vor Bildschirmen seziert freilich niemand bewusst die EU-Vertragstexte. Entscheidend ist: Die Bürger führen 2012 Grundsatzdiskussionen über die europäische Gemeinschaft. Sie fragen, erstmals seit Gründung der „EU neu“ 1992/93: Wie wollen wir leben? Was bedeutet uns das Gemeinwohl? Wie weit reicht unsere Solidarität? Manche gehen sogar noch weiter und fragen: Wie möchten wir in zwanzig Jahren im Zusammenspiel mit einem erstarkten Asien und Afrika unser Leben in Europa gestalten? Welche Wertschöpfungsketten könnten wir ausbauen?

Es hat gedauert, aber jetzt sind die Bürger da, beobachten auch die Autoren zur ACTA-Kundgebung in Sofia vor einigen Wochen: „Der 11. Februar sollte neben dem 9. November in die europäische Geschichte eingehen. Der Fall der Berliner Mauer markierte den Fall der Grenzen. Das heißt aber nicht, dass wir uns damals miteinander verbunden fühlten. Jetzt hingegen verstehen europäische Bürger die Bedeutung von Solidarität in einem internationalen Rahmen. Jetzt können wir von der Existenz einer europäischen Zivilgesellschaft berichten, die sich für gemeinsame europäische Anliegen einsetzt.“

Eines Tages werden wir auf diese ersten Krisenjahre zurückblicken. Wir werden die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Erwachens bewerten können: Mehr als die Osterweiterung, mehr als die Euro-Einführung, mehr als EU-Folgeverträge wie etwa der Lissabon-Vertrag hat das Phänomen der Krise die Bürger der EU geeint – und somit den Vertrag von Maastricht mit Leben erfüllt.



ringler1@yahoo.com

Verena Ringler, gebürtige Tirolerin, ist Beraterin in Fragen der europäischen Integration. Von 2006 bis 2009 war sie EU-Sprecherin im Kosovo.

Politik im Scheinwerfer

Vertrauen und Justiz

Von Peter Filzmaier

Vertrauen ist die Überzeugung von der Wahrheit und Redlichkeit der Handlungen eines anderen. Cicero schrieb, dass der Staat zum Nutzen derer zu führen ist, die ihm als Bürger anvertraut sind. Nicht etwa zugunsten der Politiker, denen nach einer Reader's-Digest-Umfrage schlappe fünf Prozent vertrauen. Tendenz sinkend.

Die Folgefrage ist, wem wir überhaupt vertrauen. Grisu, der kleine Drache, liegt da mit seinem Berufswunsch richtig. Warum? Weil den Feuerwehrmännern 97 Prozent Vertrauen entgegenbringen. Piloten und Ärzte liegen ähnlich gut. Danach kommen bereits

Polizei und Justiz. Deren Vertretern gestehen rund drei Viertel Vertrauenswürdigkeit zu.

Das widerspricht dem aktuellen APA/OGM-Vertrauensindex, dass eine Mehrheit der Judikative als dritter Staatsgewalt misstraut. Unter allen Institutionen der Republik haben sich die Werte für den Justizbereich am meisten verschlechtert. Als emotionale Momentaufnahme ist das richtig, und die Richter sind mitschuldig.

Man soll Medien kritisch sehen, darf sich jedoch nicht der Realität verweigern. Im Zeitalter eines scharfen Fernseh- und Zeitungswettbewerbs sowie des Internets ist die Vorstellung, zu laufenden Verfahren keine oder nur die allernötigsten Stellungnahmen

abzugeben, sowohl ehrenwert als auch naiv.

Ein Musterfall verkorkster Kommunikation war der Tierschützerprozess in Wiener Neustadt, wo die Freisprüche den journalistischen Erwartungen entsprachen. Die Gerichtsvorsitzende betrieb dennoch monatelang Negativwerbung für ihren Stand, weil sie mit Postings und Tweets aus dem Verhandlungssaal als Berichterstattung in den sozialen Netzwerken des Internets überfordert war.

Als bizarrer Zusatz der medialen Weltfremdheit zeigte die Richtervereinigung eine kritische Rechtsprofessorin für deren Fachzeitschriftenartikel an. Werde ich nun auch verklagt? Generell und in Verfahren gegen Politiker speziell

entsteht der Eindruck, dass von den Prozessparteien strategische Medienarbeit betrieben wird. Die Justizministerin hingegen muss sich überraschen lassen, was Staatsanwälte wann und wo kommunizieren.

Trotzdem widersprechen die APA/OGM-Daten den Langzeitbefunden. Nicht nur Reader's Digest bricht eine Lanze für Juristen. Dem Eurobarometer und nationalen Kammerstudien zufolge vertrauen bis zu vier Fünftel der Justiz. Die Restmenge der Misstrauischen ist bedenklich, doch viel weniger als im Durchschnitt der EU-Länder.

Das Justizministerium freilich weist zu selten auf die immer noch gute Verankerung in der Bevölkerung hin. Stattdessen werden

Behauptungen krawallheischer Politiker und des Boulevards einfach übernommen. Schreien diese, wie vertrauensunwürdig der Rechtsstaat wäre, so beklagen dessen Repräsentanten das genauso.

Folgediskussionen sind so nur zum eigenen Schaden. Politik, Medien und Justiz reden in Tateinheit den Vertrauensuntergang des Rechts als sich selbst erfüllende Prophezeiung herbei.

peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Peter Filzmaier ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung an der Donau-Universität in Krems.

